

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 23614

Abdruck des Inhalts der Eisen- und Seilzüge nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zusätzliche bei Bestellung monatlich 4 Mk., durch einen Träger zugestellt in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge werden jederzeit entgegen genommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Abdruck des Inhalts der Eisen- und Seilzüge nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zusätzliche bei Bestellung monatlich 4 Mk., durch einen Träger zugestellt in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie andere Anträge und Geschäftsverträge werden jederzeit entgegen genommen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöschig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 66.

Sonnabend den 19. März 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Der nachstehende 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.  
Wilsdruff, am 17. März 1921.

Der Stadtrat.

### 12. Nachtrag.

zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915.

Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommensteil.

Der durch den 9. Nachtrag eingefügte § 10b erhält folgende Fassung:

§ 10b.

Die Steuer wird nur erhoben, wenn das steuerbare Einkommen den steuerfreien Einkommensteil übersteigt und wenn es bei den in § 10a Satz 2 genannten Einkommenssteuerpflichtigen mindestens 8000 Mark und bei den sonstigen Einkommenssteuerpflichtigen mindestens 11000 Mark beträgt.

Diese Grenze von 11000 Mark erhöht sich auf 12000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 2000 Mark bis einschließlich 2700 Mark beträgt, auf 13000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 2700 Mark bis einschließlich 3400 Mark beträgt.

auf 14000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 3400 Mark bis einschließlich 4800 Mark beträgt und

auf 15000 Mark, wenn der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 4800 Mark beträgt.

Wilsdruff, am 24. Februar 1921.

Der Stadtrat

(L. S.) gez. Künigel,  
Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) gez. Oberlehrer Kantor Hienrich,  
1. Vorsteher.

Vorstehender 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff ist von der Amtshauptmannschaft mit dem Revisionsausschuss genehmigt worden.

Dresden, am 3. März 1921.

396 II.

Die Amtshauptmannschaft.

(L. S.) gez. Krug v. Ribba und v. Falkenstein.

## Fettverteilung.

Auf den Abschnitt R der Landesverteilung und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 21. bis 27. März 1921 60 Gramm Butter auszugeben.

Wilsdruff, am 17. März 1921.

Nr. 290 II O. Kommunalverband Weissen-Land.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reparationsausschuss hat eine Note an Deutschland entworfen, in der die Zahlung der auf falschen Berechnungen begründeten Restforderungen von 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai verlangt wird.

Der bisherige deutsch-schwedische Handelsvertrag ist jetzt außer Kraft getreten.

Nach dem 19. März, 12 Uhr nachts, darf kein Abstimmungsbescheid mehr die oberste Grenze passieren.

Die Demokraten in Preußen haben sich in einem Schreiben an die Demokratischen Parteien den Eintritt der Deutschen in die preussische Regierung ausgesprochen.

Im Danziger Volkstag wurde der deutsch-nationale Abgeordnete Dähler von dem unabhängigen Fischer ins Gesicht geschlagen.

Griechenland beschließt, die kleinasiatische Frage mit den Waffen zu entscheiden.

## Neue Getreidewirtschaftung

Wir stehen an einem wichtigen Wendepunkt unserer Getreidewirtschaft, aus begrifflichen Gründen später als die meisten anderen Großstaaten, aber noch immer früher, als man vor wenigen Monaten noch angenommen hätte. Die letzten beiden Jahre haben ja in die Zwangsbewirtschaftung auch des Getreides bereits an den verschiedensten Stellen Breche gelegt. Man braucht nur an den verheerenden Verlust der Freigabe des Haferhandels zu erinnern sowie an den Übergang der Getreidezufuhr an die Kaufmannsgesellschaften. Auch der infolge der verschiedenen Umstände restlos gescheiterte Versuch mit dem freien Maishandel gehört hierher, wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben möge, daß gerade auf diesem Sondergebiet in den letzten Wochen die Versuche der Regierung durch Austausch früher erworbenen Meißes weiseres Brotgetreide von den Landwirten herauszuziehen, einige Verwirrung gestiftet haben.

Aber das alles sind Kleinigkeiten. In der Hauptsache stehen wir heute noch bei der Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide, und neben den Verteilungen von Brot und Mehl auf die Karten gibt es höchstens noch „Schleichhandelsmehl“ oder „Brot“, aber keines im freien Handel. Nun sind im laufenden Erntejahr, wie bekannt, die Ablieferungen der Landwirte selbst hinter den besten Erwartungen sehr erheblich zurückgeblieben — was ja ein Grund für das oben erwähnte Maisaustauschgebot der Regierung war — und wir würden wahrscheinlich in der deutschen Brotversorgung zu recht erheblichen Schwierigkeiten gekommen sein, wenn nicht die Weltmarktlage uns den Einkauf im Ausland wesentlich erleichtert hätte. Mit der Zwangsbewirtschaftung in der bisherigen Form ging es wenigstens im kommenden Erntejahr nicht mehr weiter, darüber war man sich über die Kreise der Beteiligten hinaus schon seit längerer Zeit klar und in Sachverständigen wie in der Presse wurden die Zukunftsmöglichkeiten sehr lebhaft erörtert. Daß sich dabei volle Einmütigkeit über die zu erstrebende Politik nicht ergab, lag wohl in der Natur der Sache. Trotzdem aber löste sich die Ansicht immer klarer heraus, daß wahrscheinlich die praktischste Art der Getreidewirtschaft im kommenden Jahr das sogenannte Umlageverfahren sein würde. Nun hat in diesen Tagen eine große Sitzung der Sachverständigen aus den verschiedenen Kreisen von Erzeugung, Handel und Verbrauch stattgefunden, die ja natürlich Beschlüsse nicht fassen konnte, in der aber tatsächlich die Stimmung zum weitaus überwiegenden Teil dem Umlageverfahren günstig war.

Wie wird sich nun, wenn die jetzigen Absichten in die Tat umgesetzt werden, unsere Ernährungs- und Getreidewirtschaft im kommenden Jahr eigentlich gestalten? Die Brotkarte wird bleiben, das ist als Grund- und Angelpunkt aller Erwägungen zunächst einmal festzuhalten, und zwar wird sie auf die bisherige Menge lauten, dagegen dürfen

die im laufenden Erntejahr hart gestiegenen Kochmehl-Lieferungen mit dem Ende des Erntejahres eingestellt werden. Auch der Kreis der Bezücker von Brotkarten bleibt der gleiche wie bisher. Das zu ihrer Versorgung notwendige Getreide aber wird auf die einzelnen Landwirte „umgelegt“, d. h. also, jedem wird entsprechend seiner Anbaufläche von Palmfrucht insgesamt aufgegeben, bestimmte Mengen abzuliefern. Sie dürfen sich wohl etwa zwischen einem Drittel und der Hälfte der geschätzten Durchschnittsernte bewegen. Wahrscheinlich wird man dafür bestimmte, gestaffelte Lieferzeiten festsetzen, wie dies ja stets geschah, und dem Landwirt überdies gestatten, seiner Lieferungs-pflicht in der Getreideart zu genügen, die ihm am angenehmsten ist. Die durch die Umlage nicht herangeschafften Mengen zum Ausland erworben werden, und zwar wird dies wohl in der gleichen zusammengesetzten Weise geschehen, wie in der letzten Zeit. Dem Landwirt aber wird man, wenn er seiner Lieferungs-pflicht nicht genügt, nicht wie bisher ein „Requisitionskommando“ auf den Hof schicken, sondern — den Gerichtsvollzieher. Mit anderen Worten: der Landwirt wird die Umlage nicht herangeschafften Mengen zu einem Vielfachen des Umlagepreises zurückkaufen müssen, ein Verfahren, das, wenn auch zögernd, sogar von den Vertretern der Landwirtschaft als unentbehrliche Ergänzung der Umlage anerkannt wurde.

Der nicht umgelegte Teil der Ernte aber verbleibt dem Landwirt zu freier Verfügung und dem freien Handel. Hier liegen die Möglichkeiten einer Versorgung mit mehr und besserem Brot, mit Mehl und Teigwaren. Man rechnet wohl nicht mit Unrecht damit, daß alsdann manche Tonnen Getreide den Weg auf den Markt und zur Mühle finden wird, die jetzt höchstens auf dem Umweg über den Schlächter, d. h. an das Vieh verfüttert an den Markt gelangte. Die Preisbildung wird ja durch die Weltmarktlagen innerhalb gewisser Grenzen gehalten, die etwa durch die augenblicklichen Preise der Auslandsmehle gezogen sein dürften.

Aus Anlaß dieser Besprechungen wurde festgestellt, daß die Neigung zur eingeschränkten Wirtschaft, über die in den letzten Jahren so sehr geklagt wurde, bei den Landwirten anscheinend im Schwunden begriffen ist. Wenigstens sollen sich die Düngerbezüge in der letzten Zeit erfreulich vermehrt haben, so daß man glaubt, unter Voraussetzung einigermaßen günstigen Wetters, mit einer Steigerung der Hektarerträge rechnen zu können. R. S.

## Zollgrenze am Rhein ab 31. März.

Kein wirklicher Friede ohne Amerikas Eingreifen.

Der französische Ministerpräsident Briand sprach in der Kammer bei der fortgesetzten Aussprache über den Abbruch der Konferenz in London und die begonnenen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, förderte aber außer den schon bekannten vagen französischen Behauptungen nichts wesentlich Neues zutage. Briand sagte seine Darlegungen zusammen in dem Satz: Deutschland muß begreifen, daß die Sanktionen nur aufhören können, falls die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Frage der Verantwortlichkeit muß endgültig gelöst werden, 2. Die Entwaffnung muß vollkommen stattfinden, 3. Die Kriegsmittel müssen bestraft werden.

## Einmarsch in Bayern geplant.

Im englischen Unterhause stellten die Nationalisten einen Antrag auf Besetzung von München und auf den allseitigen Einmarsch in Bayern, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verweigere.

Staatssekretär Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerstandigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, über deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

Aus Paris wird gemeldet: Die nationalsozialistischen Kundgebungen in München und die Weigerung Bayerns, die Auflösung der Einwohnerwehren durchzuführen, waren Gegenstand einer Besprechung zwischen Irland und den militärischen Sachverständigen. Die französische Regierung vertritt offenbar den Standpunkt, die Auflösung der Einwohnerwehren gewaltsam durchzuführen.

## Die Erhebung der Zölle.

Die Zollgrenze zwischen besehmen und unbesehmen Gebiet soll ab 31. März eingerichtet werden. Benötigten muß man dies nach Mitteilungen der Rheinlandkommission annehmen. Die Zolltarife sollen sehr gering werden, in vielen Fällen niedriger als die gegenwärtig durch die deutsche Regierung eingehobenen Zölle. Die deutschen Zollbeamten werden gemeinsam mit den Alliierten arbeiten. In Koblenz sind zahlreiche französische Zollbeamte eingetroffen und warten, bis sie in der amerikanischen Zone ihre Macht ansetzen können oder nicht. Der amerikanische Kriegssekretär Beck hat erklärt, daß General Allen der Regierung in Washington das Gesuch der Interalliierten Rheinlandkommission weitergegeben habe, daß die Zollmaßnahmen auch in dem von Amerika besetzten Gebiet durchgeführt werden müßten.

## Lloyd George über die Entschädigungen.

Im englischen Unterhause machte sich bei der Beratung des Gesetzes über die 50prozentige Abgabe neue lebhaft Kritik bemerkbar. Lloyd George griff in die Debatte ein und erwähnte die Äußerung Simons', daß es für Frankreich vorteilhaft wäre, in Form von Lieferung von Rohmaterialien und Beschäftigung von Arbeitern die Wiedergutmachung wirksam zu machen. Lloyd George gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich, wenn man ihm ein derartiges ernsthaftes Angebot vorlegen würde, nicht von vornherein ablehnen werde. Großbritannien könne nur durch Geld entschädigt werden. Es habe kein Bedürfnis nach deutschen Rohmaterialien und nach deutscher Arbeitsleistung. Die Reparationsbill ist in der Ausschussberatung des Unterhauses ohne wesentliche Änderung angenommen worden.

## Der Schlüssel zum Weltfrieden.

Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt zur Frage der alliierten Kriegsschulden eine Äußerung eines ungenannten englischen Diplomaten mit, der bei allen Friedenskonferenzen seit Versailles eine fährende Rolle gespielt habe. Der Diplomat sagte unter anderem, jeder vernünftige Mensch in England wisse, daß England nie einen Pfennig weder von Deutschland noch von seinen alliierten Schuldnern bekommen werde. Amerika halte den Schlüssel zum Weltfrieden in der Hand, und es werde nicht eher wirklichen Frieden geben, als bis Amerika eingreife.

## „Über kurz oder lang wieder Verhandlungen.“

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, vermittelt um die Mitglieder des Vorstandes und des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrats, äußerten sich der Reichswirtschaftsminister und der Minister des Äußeren über die Zwangsmaßnahmen der Alliierten.

Minister Dr. Scholz sagte, der Selbstbund verkenne, daß Deutschland wenig von seinen Gegnern, besonders auch England, werde kaufen können, wenn sein Außenhandel durch die verlangte 50prozentige Ausfuhrabgabe gedrosselt werde. Der Außenhandel werde sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen und sich neue Wege suchen müssen. Es sei zu hoffen, daß der Osten von Europa sich für die deutsche Ware als aufnahmefähig erweisen werde.

Diese neuen Wege dem Handel zu erleichtern, sei Pflicht der Reichsregierung. In Frage komme eine Erweiterung der Ausfuhrkontrollen, der Regial der Preiskontrolle auf den meisten, der Mengenkontrolle auf verschiedenen Gebieten, dazu auch Abbau der Ausfuhrabgaben. Der durch die Handelsverweigerung drohenden Winderbeschäftigung der Industrie werde am besten durch eine energische Behebung des Baumarktes entgegengetreten.

Minister Dr. Simons führte aus, die deutsche Wirtschaft müsse fähig gemacht werden, den Ansturm der Zwangsmaßnahmen zu ertragen und die großen Gefahren abzuwenden, die aus dem Gebiete der Arbeitslosigkeit aus ihnen erwachsen. Sie muß aber gleichzeitig neben dieser negativen Aufgabe des Festhaltens gegenüber den Zwangsmaßnahmen der Gegner sich auch schon positiv vorbereiten auf das, was später kommen soll. Denn darüber sind wir uns wohl alle einig, daß wir über kurz oder lang wieder zu Verhandlungen kommen werden, und das um so sicherer, je ruhiger wir unsere gegenwärtige Lage überdenken und je fester unsere Kräfte sind.

#### Keine Arbeiterentlassungen.

Im Gegensatz zu Meldungen der französischen Presse ist festzustellen, daß weder in Mülheim noch in Hamborn oder in anderen Orten des Industriegebietes Arbeiterentlassungen oder Arbeitseinschränkungen stattgefunden haben. Die Franzosen versuchen durch Meldungen über von den Unternehmern veranlaßte Arbeitseinschränkungen die deutschen Arbeiter aufzuwecken und dadurch eine Drefche in die deutsche Einheitsfront zu schlagen. Wie die Dinge liegen, haben sie nicht die geringste Aussicht, ihr Ziel zu erreichen.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

#### Keine deutschen Truppenzusammenziehungen.

Gegenüber einer durch Reuters verbreiteten, von amtlicher polnischer Seite angehenden Nachricht, daß Deutschland Truppen an der deutsch-polnischen Grenze zusammenziehe und daß die Zahl der dort zusammengezogenen Truppen die gesamte, Deutschland durch den Friedensvertrag gefaltete Truppenmenge überschreite, stellt die Reichsregierung fest, daß diese Behauptungen vollständig aus der Luft gegriffen sind. Die Stärke der gesamten Reichswehr habe noch nicht die im Friedensvertrage zugesandene Menge erreicht.

#### Die Reichsmietsteuer.

Der Wohnungsaußschuß des Reichstages faßte u. a. folgende Beschlüsse: Von der Abgabe bleiben befreit Nutzungsberechtigte von Wohnräumen, wenn ihr steuerbares Jahreseinkommen nicht mehr beträgt als 4000 M., wenn die Wohnung in einer Ortsklasse der Ortsklasse C liegt, 4500 M. in Ortsklasse B und 7000 M. in Ortsklasse A. Die angegebenen Freigrenzen erhöhen sich für jede zur Haushaltsführung des Wohnungsinhabers zählende Person, soweit sie nicht selbständig zur Einkommensteuer veranlagt ist, um je 1200 Mark. Dem steuerbaren Jahreseinkommen des Haushaltsvorsorgers wird das steuerbare Jahreseinkommen der selbständig zur Einkommensteuer veranlagten Haushaltsangehörigen, soweit sie Familienangehörige sind, zugerechnet. Auf Antrag der Deutschnationalen hin wurden von der Abgabe freigestellt Museen und Gebäude, die religiösen Zwecken oder kirchlicher Arbeit dienen.

#### Belgien.

Wegnahme deutschen Vermögens. Im belgischen Ministerrat wurde beschlossen, den Gesetzentwurf über die Liquidation des deutschen Eigentums in Belgien direkt nach den Osttagen in der Kammer zur Erörterung zu bringen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah eine Anzahl von Ausnahmefällen vor, die aber durch allerlei Zusatzanträge wieder aufgehoben wurden. Somit beantragt der Gesetzentwurf, der von der Kammer angenommen werden dürfte, nämlich die Wegnahme des gesamten deutschen Eigentums in Belgien. Man schreibt gerade sehr zu diesem Verordnungsmaß, um auf diese Weise gewissermaßen die Sanktionen zu erkämpfen.

#### Großbritannien.

Keine Schiffe für Deutschland. Aus London wird gemeldet, das Schiffahrtsamt habe beschlossen, daß die ehemaligen deutschen Schiffe nicht an Deutschland zurückverkauft werden dürfen. Der Verkauf seitens der Regierung an britische Untertanen soll auch nur unter der Bedingung erfolgen, daß die Käufer die Schiffe innerhalb fünf Jahren nicht an das Ausland weiterverkaufen.

#### Rußland.

Georgien übertrann. Die roten Truppen haben nunmehr auch Bori und Kutais, die letzten Stützpunkte der sozialdemokratischen georgischen Regierung, eingenommen. Batum und Umgebung ist nur von schwachen türkischen Verbänden besetzt, welche die georgischen Truppen und die Bevölkerung entwaffnet haben.

## Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Mahler.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Das tut ja nichts zur Sache!“ sagte sie tonlos. Da fachte er ihre Hände und presste sie an seine Brust. „Pia! Pia!“  
Wie ein lauchender Schrei brach das hervor. Sie sah erschrocken auf, in seine strahlenden Augen hinein. „Lass mich fort.“ Da sie tonlos, von ihrem Sitz herabsteigend.  
Er hielt sie bei den Händen fest.  
„Nein — ich lasse dich nicht fort, Pia. Du mußt mir sagen, ob du vor mir gelobten bist, weil dir jenes ehrlose Weib die Briefe eines Mannes auslieferte, der einst im höchsten Wahn geglaubt hatte, sie zu lieben. Sage mir, ob es das war, das dich bestimmte, dich von mir zu lösen. Ach, Pia — Pia — ich hätte mir zugeschworen, deine Ruhe nicht zu stören, so schwer es mir auch wurde, abzuwarten, ob ich dein Herz mit eines Tages zuwenden würde. Aber jetzt kann ich mich nicht mehr bezwingen. Tausend süße Hoffnungen sind in mir erwacht. Sei dieser Brief von meinen Frühen flog, als hätte ihm ein göttliches Geschick selbst den Weg gezeigt. Mir ist, als müßte ich nun mit einem Male klar sehen. Ich sehe dich an, sage mir, ob dich diese Briefe bestimmten, dich von mir loszusagen — sage mir, warum du über diesen Briefen geweint hast.“  
Sie sah ihn an, zitternd und bebend, und ihre Lippen suchten, als sie leise fragte:  
„Liebst du sie denn nicht mehr, die schöne Frau?“  
Er presste ihre Hände an seine Augen, an seinen Mund.  
„Nein, Pia — ich mußte es lernen, sie zu verachten, und bin längst fertig mit dieser Reizung, die nur einem Phantom galt. Ich liebe nur dich — dich allein mit aller Inbrunst meines Herzens, du mein holdes, süßes Weib. Deshalb steht du mich in so fürchterlicher Erregung. Denn wenn du wirklich geliebt bist vor mir, dieser Briefe wegen,

## Deutscher Reichstag.

(37. Sitzung.)

CA. Berlin, 17. März.

Den ersten Punkt der Tagesordnung der heutigen Sitzung bildete die zweite Beratung des Ergänzungshaushalts des Reichswirtschaftsministeriums. Abg. Körner (Deutschn.) begründete einen Antrag, der die Einfuhr billiger ausländischer Weine erschweren will.

Abg. Kozell (Dem.) erklärte, der Friedensvertrag verpflichtete uns zur zollfreien Einfuhr elsaß-lothringischer Weine. Frankreich benutze diese Bestimmung, um ganz andere Weine zollfrei einzuführen. Wir stimmen dem Antrag Körner zu. Reichswirtschaftsminister Schütz bemerkte, die Reichsregierung stehe auf dem Boden des Antrages Körner und habe gegen seine Annahme nichts einzuwenden.

Abg. Wed. (U. Soz.) meinte, die Einfuhr des französischen Rotweines könne nicht verboten werden. Er sei als Stärkungswein für Kranke unentbehrlich. Seine Partei sei deshalb gegen den Antrag Körner.

Der Antrag Körner wurde schließlich angenommen, ebenso der Bericht des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums. Bei der weiteren Beratung wird der Haushalt der Reichsanleihe mit dem des Auswärtigen verbunden.

#### Die Schuld am Kriege.

Abg. Bernstein (Soz.) trat für eine Vereinfachung des auswärtigen Dienstes ein. Dabei bemerkte er, daß die Rechte leider alles tue, um das Vertrauen in unsere republikanischen Einrichtungen zu erschüttern. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz seien zum großen Teil darauf zurückzuführen. Dabei ging der Redner auch auf die Entstehung des Krieges ein und erklärte: „Es ist nicht zu bestreiten, daß Wilhelm II. den Ausbruch des Krieges herbeigeführt hat.“ (Widerspruch rechts.) „Das deutsche Volk“, fuhr der Abg. Bernstein fort, „möge diese Frage auflösen. Das deutsche Volk ist nur moralisch nicht schuldig am Kriege.“ Der Redner bezeichnete die „Stimmepresse“ als besonders gefährlich in bezug auf die Verhängung der Nationen und rief wiederholte stürmische Unterbrechungen von der Rechten nach. Er schloß: „Wir setzen unsere Hoffnung auf die internationale Arbeiterschaft, die den Vertrag zerreißen wird.“

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.) forderte, daß bei der Herausgabe politischer Aktenstücke auch ein Politiker der Linken mit herangezogen werde, um die völlige Unparteilichkeit zu verbürgen. Mit der Begründung, als habe Kautsky niemals irgend etwas von seinen Behauptungen über die Schuldfrage zurückgenommen, müsse außerdem werden. Der Redner richtete Angriffe gegen General v. Seeckt, der die Politik Dr. Simons gestiftet habe. Allerdings sei Herr v. Seeckt ein Volkstribun gegen den bayerischen Ministerpräsidenten, der uns geradezu in eine innere Krise hineinträbe.

Abg. Schult-Beernberg (Deutschn.) bedauerte die lebhaften Angriffe auf den bayerischen Ministerpräsidenten und noch mehr die von dem Abg. Breitscheid gemachten Ausführungen in der Schuldfrage. Mit dem ewigen Nachgeben erreichten wir für Deutschland gar nichts. Die Feinde setzen auch heute den Krieg fort, den sie willkürlich begonnen haben. (Weiß! rechts, Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Rieker (D. Volksp.) wurde mit dem Rufe empfangen: „Nach ein Wirtschaftler.“ „Ich habe“, erklärte der Abg. Dr. Rieker, „während des Krieges eine vaterländische Politik beobachtet, wie jeder Patriot. Es sind keine Beweise für unsere Schuld am Kriege erbracht worden. Das deutsche Volk hat keine Schuld am Kriege.“ (Erneuter Lärm bei den Sozialdemokraten.) „Der Kaiser vertrieb bei der Marokkofrage den Krieg, der damals ausichtsreich war. Reichmann-Gollwitz war ein Jamborer, aber auch er wollte den Krieg nicht. Wir wollten uns Serbiens wegen nicht in den Krieg verwickeln lassen.“ (Rufe bei den Sozialisten: „Lüge, Lüge!“) „Meine Behauptung betrifft die Veräppelungen Kautskys halte ich aufrecht.“

Abg. Betserich (Dem.) debattierte die von dem Redner der Linken über die Schuldfrage gemachten Ausführungen. Bei Ausbruch des Krieges sind von unserer Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden. Aber auch die Entente hätte ganz anders handeln müssen, wenn sie den Weltkrieg verhindern wollte. Der Wunsch des jetzigen Deutschlands, Segelung zu gewinnen, war nicht mehr Schuld am Kriege als der Drang Englands zur Weltbeherrschung oder der Revanchegedanke Frankreichs. (Der Abg. Breitscheid rief hier dem Redner zu: „Historische Fälschung!“ deshalb Präsident Seebe den Abg. Breitscheid zur Ordnung rief.)

Abg. Stüder (Stomm.) verwies auf die Reisen des Kaisers und des Kronprinzen, in denen die moralische Schuld am Kriege mitbegründet sei. Das kaiserliche Deutschland habe uns in unverantwortlicher Weise in den Krieg hineingezogen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) betonte, daß die von Wilhelm II. gebaute Flotte gegen England bestimmt, die Triple-Allianz und die Festlegung in Konstantinopel Herausforderungen gewesen seien. Daß das kapitalistische System die Schuld am Kriege trage und daß das trauflose Verhalten der deutschen und österreichischen Diplomaten die Veranlassung zum Kriege bildete, sei die Anschauung der internationalen Sozialdemokratie, die wohl ein jeder als richtig anerkennen müsse.

Nachdem noch der Abg. Dittmann (U. Soz.) der Rechten die Schuld an der Auslösung der Schuldfrage beigegeben hatte, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

#### Abstimmungen.

Darauf wurden die gestern ausgelegten Abstimmungen vorgenommen. Der Rest des Haushaltes des Reichsministeriums

des Innern, der Haushalt des Reichsanstalters, desgleichen des Reichswirtschaftsministeriums, ebenso der des Auswärtigen Amtes wurden genehmigt. Angenommen wurde eine Entschädigung, wonach der Generalfeldmarschall ein parlamentarischer Beirat beigegeben werden soll. Dann kam man zum Haushalts des Reichstages, der ohne Auseinandersetzung bewilligt wurde.

#### Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Reichsverkehrsminister Grüner erklärte in längerem Ausführungen u. a., der Etat von 1921 bedeute das Programm der Wiedergeburt des Eisenbahnwesens. Mit dem vorbereiteten Eisenbahnhaushalt wollen wir unser Eisenbahnwesen auf eine gesunde kaufmännische Grundlage stellen. Das Gesetz wird dem Reichstag bald zugeben. Eine wichtige Aufgabe ist auch die Befähigung des technischen Apparates zu möglicher Leistungsfähigkeit. Wir müssen bald wieder zu den geübten Betriebsverhältnissen von 1913 zurückkehren können. Bei der Reorganisation des Betriebes müssen wir auch der Entwicklung des Wirtschaftslebens folgen. Die Personalreform ist bei dem Personal der Eisenbahn eine schwierige Aufgabe. Der Sinn für Ordnung und Staatsautorität sei unter dem Eisenbahnpersonal bereits wieder im Wachsen. Die Arbeitsfreudigkeit nimmt zu. Ich halte es für meine Pflicht, in der materiellen Forderung für das Personal an der Spitze zu stehen. Der Gesamtbestand der Eisenbahnen bringt mich zu der Überzeugung, daß die Eisenbahnen bringe mich zu der Überzeugung, daß ihre Übernahme auf das Reich nicht nur praktisch sondern auch wirtschaftlich ein Vorteil wäre.

Abg. Bräuner (Soz.) führt unter anderem aus: Das ganze Geld unserer Wirtschaft spiegelt sich am besten in dem Etat der Eisenbahnen, der mit einem

Defizit von 16½ Milliarden

abschließt. Wir müssen endlich durch eine Erhöhung der Einnahmen eine Gesundung der Eisenbahnverwaltung herbeiführen, so bedenklich an sich auch eine Erhöhung ist. Dabei muß auf die sozialen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Der Redner verlangt vor allem eine Verbesserung der Betriebsverhältnisse auf den Berliner Vorortbahnen und eine Ermäßigung der Fahrpreise für Schulanfänger und Jugendorganisationen. Als der Redner erklärte, die Gewerkschaften haben unsere Eisenbahnen vor dem Zusammenbruch bewahrt, wurde auf der Rechten Gelächter laut. Weiter betonte der Redner, daß die Arbeiter an dem Achtstundentag festhalten und daß Erparnisse nicht bei den Bahnen, sondern bei dem Einkauf von Materialien gemacht werden müssen.

Nach einer Erwiderung des Reichsverkehrsministers sprach der Abg. Köstner (Dem.). Er führte aus, daß die Erhöhung der Gütertarife in einem sehr ungünstigen Augenblick kommt, da jetzt die deutsche Industrie alle Kräfte aufbieten müsse, um sich gegen die ausländische Konkurrenz zu behaupten. Dann sprach der Abg. Dr. Reichert (Deutschn.). U. a. bemerkte er, um die Frage der Erhöhung der Tarife werden wir leider nicht herumkommen. Mit dem Neuwahltag besonnen wir das erste Defizit. Der Achtstundentag hat unsere Arbeiterallgemein erhöht. Die Diebstähle sind auf jährlich 336 Millionen Mark gestiegen. Der Minister hat großartige Gedanken ausgesprochen; ich zweifle aber, ob er sie mit der Wirklichkeit umsetzen kann. Seine Meinung über den Achtstundentag ist er leider nicht ausgeprochen. Wir wollen die Sozialisten die Revolutionen leisten, wenn sie beim Achtstundentag bleiben. Weiter bedauerte der Redner, daß die Disziplin ungebauer gelitten habe. Er betonte, daß sie unbedingt wieder hergestellt werden müsse.

Die weiteren Verhandlungen währten noch geraume Zeit.

## Bayern gegen die Entwaffnung.

#### Keine Begründung im Friedensvertrag.

In der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren hatte sich im vorigen Monat die bayerische Regierung mit einer Einspruchnote an die Reichsregierung gewandt. Die bayerische Regierung vertritt in der jetzt veröffentlichten Note den Standpunkt, daß

1. die Forderung der Auflösung in dem Friedensvertrag keine Begründung habe, und daß demzufolge eine rechtlich begründete Verpflichtung der deutschen Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren von den alliierten Mächten nicht in Anspruch genommen werden könne.

2. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren ist zwar grundsätzlich in Aussicht zu nehmen, ihre Durchführung ist dem vom Gegner vorgeschriebenen Zeitmaß und zu den von ihm bestimmten Terminen aber nicht möglich, mit Rücksicht auf die bestehende Bedrohung der staatlichen Ordnung auf der einen Seite und der dem Staat und Reich zur Verfügung stehenden ungenügenden Nachmittels auf der anderen Seite der Bevölkerung die gegenwärtigen Selbstschutzorganisationen nicht entlassen werden könnten und auch gar nicht entlassen werden können, da sie diesem Versuch Widerstand entgegenzusetzen würde.

In diesem Standpunkt hält die bayerische Staatsregierung auch der Pariser Entwaffnungsnote gegenüber fest. Sie ist der Meinung, daß alles, was über den Friedens-

wenn du darüber geweint hast, dann darf ich doch glauben, daß es nicht wahr ist, daß du als Grund für deine Weigerung, meine Frau zu werden, angibst — daß du mich nicht liebst. Dann hast du in stolzer Schwam gelogen, um dein wahres Fühlen (den) zu vertuschen — dann liebst du mich, Pia — ach, Pia — sprich schnell, löse meine letzten Zweifel, ich sehe dich an — sprich jetzt die Wahrheit!“  
Stöhnende Rufe war unter seinen Worten in ihr Gesicht getreten. In bangem Erstaunen, als könne sie dies alles nicht fassen und glauben, sah sie ihn an. Und dann sagte sie leise — wie willenlos:  
„Ja — ich stöh, weil ich diese Briefe gelesen hatte — weil ich mich schämte, einen Mann zu lieben, dessen Herz einer anderen gehörte.“  
Mit einem unterdrückten Ausruf nahm er sie schnell in seine Arme, so fest, daß sie sich nicht regen konnte.  
„Pia — meine süße, kleine Pia — jetzt halte ich dich fest für alle Zeit.“ Stieß er mit veringender Stimme hervor, sich mühsam bezwingend, daß er sie durch keine stürmische Heftigkeit nicht erschreckte. Aber sie hörte die rohen, wilden Schläge seines Herzens, und wie von einem süßen Traum besessenen lauschte sie darauf.  
Mit einem Blick, der ihn erschütterte, sah sie zu ihm auf.  
„Hans — ach, Hans — kann es denn sein! Du hast doch Frau von Brenken geliebt, diese wunderschöne Frau — so sehr liebst du sie — ich habe es doch zu meiner Qual gelesen, so viele, viele Male. Ist es denn nun möglich, daß du mich liebst — mich lüchliches, lächliches Ding? Ich nein — nein — es kann so nicht sein, gewiß nicht. Man kann doch nicht zweimal lieben?“  
Er mußte lächeln und küßte ihre Augen.  
„Kind — Kind — süßes, löchliches Kind! Damit hast du dich gequält? Sieh mich doch an, blinke mir in die Augen — logen sie dir nicht, was du mir bist? Nein! Höchstes, Teuerstes, Liebstees auf der Welt. Glaube mir — niemand hat mehr Raum neben dir in meinem Herzen. Es gehört dir ganz allein. Süße, kleine löchliche Pia, mit deinem goldenen Herzen und deinem lauterem Sinn. Mein liebes, geliebtes

Kind, wie hast du mich gequält, wie habe ich gelitten in Angst und Sorge, dich zu verlieren. Fürchte ich doch, du habest da draußen in der Welt einem anderen Mann dein Herz geschenkt.“

Sie schüttelte, ganz benommen vor Glückseligkeit, den Kopf. „Ach nein, Hans — nein — nur dich habe ich lieb — ich glaube, schon seit ich dich zuerst gesehen. Da wußte ich es nur noch nicht, daß es Liebe war, was ich für dich fühlte. Ganz gewiß weiß ich es erst, seit ich deine Briefe las an Frau von Brenken. Immer wieder mußte ich sie lesen — und wie habe ich diese Frau um deine Liebe beneidet. Ich konnte nicht fassen, daß sie dich nicht wieder lieben mußte. Ach, Hans — ich bin doch immer so verzagt — in aller Glückseligkeit. Was bin ich für ein Nichts gegen diese wunderschöne, stolze Frau.“

Er nahm ihren Kopf in die Hände und sah ihr tief und jählich in die Augen.

„Bergleiche dich nicht mit ihr, mein Liebling. Ihre äußere Schönheit ist der Dornmantel für die Häßlichkeit und Niedrigkeit ihrer Seele. Ich kann nur mit Verachtung ihrer gedenken. Schau mich nicht so ängstlich an, kleine Pia. Damit du ganz klar siehst, will ich dir enthüllen, was mir, dein Vater und ich, dir gern noch verschwiegen hätten. Diese Frau von Brenken, die sich in berechnender Weise in deine reine Nähe gedrängt hat unter falscher Flagge — ist die zweite Frau meines Vaters — meine Stiefmutter.“

Pia fuhr erschrocken auf. „Wie — sie war es selbst?“  
„Ja, meine Pia. Und auch das mußt du wissen — der Mann, der sich als ihr Schwager ausgab, jener Herr von Brenken, der deinem reinen Herzen so unheimlich schien — er ist der jetzige Gatte deiner Stiefmutter, derselbe Mann, der meines Vaters Lebensglück zerstört — und ihm im Duell das Arie zerstoßen hat.“

Pia wurde sehr bleich. Wie schuchend lehnte sie sich an seine Brust, und er hielt sie fest an seinem Herzen.  
„Meine Stiefmutter — sie hat meinen Vater verlassen um jenen Mann.“

(Fortsetzung folgt.)

Vertrag hinausgeht, strikte abgelehnt werden müsse, und daß es sachlich und tatsächlich unrichtig sei, die Entwaffnungsfrage von der Reparationsfrage zu trennen und das Entwaffnungsverbot schon jetzt in Vollzug zu setzen.

## 20 Goldmilliarden Vorausleistung.

### Eine falsche Rechnung.

An amtlicher Stelle in Paris wird die Behauptung, daß die dortige Entschädigungs-Kommission ein Ultimatum an Deutschland gestellt habe, in Abrede gestellt. Es wird dabei betont, daß ein derartiger Schritt nicht zur Kompetenz dieser Kommission gehören würde. Sie hat an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet:

Der Artikel 235 des Verlailler Friedensvertrages besagt, daß Deutschland vor dem 1. Mai 1921 den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen hat. Diese 20 Milliarden Goldmark sollen zur Deckung der

### Rosten der Besatzungsarmee, zur Ernährung Deutschlands und zur Zufuhr von Rohstoffen

dienen. Der verbleibende Rest wird auf das Wiedergutmachungskonto geschrieben. Seit dem 1. März 1920 erlärnt die Wiedergutmachungskommission Deutschland an seine Verpflichtung und verlangt, daß es für die Erledigung bestimmte neutrale Werte, welche die deutsche Regierung, die Einzelstaaten und die deutschen Staatsangehörigen besitzen, verwende. Am 15. Juni drang die Kommission darauf, zu wissen, welche Summe die deutsche Regierung zur Deckung der 20 Milliarden anbieten könne. Die deutsche Regierung antwortete in einem Schreiben vom 23. Juni, sie werde später der Wiedergutmachungskommission das Ersuchen unterbreiten, den Artikel 235 des Verlailler Vertrages in Anwendung zu bringen, das heißt, alle Lieferungen und Leistungen, die bis zum 1. Mai 1921 vollzogen werden, für diese 20 Milliarden in Anrechnung zu bringen. Am 22. Januar 1921 empfing die Kommission ein deutsches Memorandum, in dem die deutschen Lieferungen aufgezählt wurden. Deutschland verlangt, daß der Wert auf das Wiedergutmachungskonto gebracht werde. Am 26. Februar 1921 benachrichtigte die Entschädigungskommission Deutschland, daß die bis dahin vollzogenen Lieferungen und Leistungen kaum acht Milliarden Goldmark erreichten.

Die Kommission fordert von Deutschland Auffklärung, wie es die verbleibenden 12 Milliarden zu zahlen gedenke.

Am 14. März erklärt Deutschland, daß es alle seine Verpflichtungen nach dem Artikel 235 des Verlailler Vertrages erfüllt habe. Unter diesen Umständen teilt die Wiedergutmachungskommission der deutschen Regierung folgendes mit: Sie hat bis zum 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark zu zahlen. Vor dem 23. März hat sie eine Abschlagszahlung von 1 Milliarde Goldmark auf die noch zu zahlenden 12 Milliarden Goldmark zu entrichten. Bevor der Zeitpunkt und der Zahlungsmodus für die späteren Zahlungen festgelegt werden soll, hat die Wiedergutmachungskommission zu bestimmen, daß alle Vorschläge, die Deutschland vor dem 1. April macht, geprüft werden sollen, ebenso in der Hinsicht, daß die Gelddruckungen durch die Abfertigung auswärtiger Devisen deutsche Waren oder durch deutsches Gebiet durchgeführte Waren an Zahlungsstatt angenommen werden. Bis zum 1. April ist die deutsche Regierung auch ermächtigt, der Wiederherstellungskommission Vorschläge wegen einer auswärtigen Anleihe zu machen, deren Ergebnis auf das Wiedergutmachungskonto geschrieben werden soll.

Zu der vorstehenden Note ist zu sagen, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Forderung nur die sein können, daß nach § 12 Ziffer 1 der Anlage 2 zu Artikel 244 des Friedensvertrages die aus diesem Grunde nicht eingeleisten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinsliche Schatzanweisungen umzutauschen wären.

## Vor der ober-schlesischen Abstimmung.

### Breslau, 17. März.

Die große ober-schlesische Transportbewegung, die nun zu Ende geht, ist reibungslos und ohne Zwischenfall verlaufen. Die Hüge elften und elften vollbesetzt fast ohne jede Verzögerung ihrem Ziele zu, und der Rücklauf der leeren Wagen vollzieht sich gleichfalls ohne jede Störung.

Von polnischer Seite, die ihre Hoffnung auf Sieg immer mehr schwinden sieht, war behauptet worden, daß in Deutschland mehrere Sonderzüge wegen schwacher Befugung ausfallen müßten. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß auch nicht ein einziger Sonderzug ausgefallen ist, ja daß sogar an mehreren Orten, so in Hamburg, Bremen und Köln, des ungeheuren Andranges wegen, Sonderzüge eingeleitet werden mußten. Was sonst noch in wöchlicher Stunde von den betrieblenen Polen an Verhörung und Plage auf's Tapet gebracht wurde, läßt sich kaum schildern. Verhältnismäßig harmlos klang noch die Schwindelnachricht, daß die deutschen Abstimmungsberechtigten nach ihrer Ankunft in Oberschlesien sehr bald die gute Laune verlieren. Gerade das Gegenteil tritt zu, und das gilt sowohl für die Stimmberechtigten aus dem Reich, wie für die eingeleiteten Oberschlesier. Welt gefährlicher war das von amtlichen polnischen Stellen verbreitete Märchen von deutschen Truppenzusammenschließungen an der polen-deutschen Grenze. Durch eine energische Erklärung der deutschen Regierung wurden diese Nachrichten sofort als vollständig aus der Luft gegriffen und jeder Grundlage entbehrend gekennzeichnet. Es ist natürlich auch nicht wahr, daß, wie die sehr rührige polnische Propaganda behauptete, Deutschland nach der zu seinen Gunsten ausgefallenen Abstimmung gegen die Anhänger der polnischen Idee mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen und Beamte, Angestellte oder Arbeiter wegen ihrer im Kampf befundenen polnischen Gesinnung zu maßregeln gedenke. Ein Aufruf sämtlicher deutschen Parteien Oberschlesiens, von den Deutschenationalen bis zu den Sozialdemokraten, läßt über die wahre Politik Deutschlands keinen Zweifel. Nach der Abstimmung gibt es keinen Kampf mehr, und die Parole heißt dann Versöhnung!

In diesem Sinne sehen die Deutschen voller Zuversicht dem Abstimmungstage entgegen. Ihre Siegeshoffnung hat sich allgemein gehoben, namentlich durch den starken Zuzug der Heimkehrer, die sich auf das ganze Land verteilen. Polen sind nur sehr wenige eingetroffen. Erst jetzt kommt der gemeinsame Abstimmungstag, der ja ursprünglich vereitelt werden sollte, zur vollen Wirkung. Damit ist die Politik Morjant's erschlagen worden, und die Täuschung der polnischen Erwartungen hat seine Autorität in ihrem Grunde erschüttert.

## Kritische Lage in Rußland.

### Lenin gegen Trozki.

Ein Telegramm aus Helsinki meldet, daß der Arbeiterkampf zwischen Kronstadt und den Küstengebieten dauere. Die Verluste der roten Truppen während der Belagerung von Kronstadt hätten 8000 Tote betragen, außerdem seien 5000 Mann bolschewistischer Truppen zu den Aufständischen übergegangen.

Auf dem Kommuniskonferenz in Moskau sind 569 Stimmen für die Politik Lenins und 56 Stimmen für die

Politik Trozki's ausgebracht worden. Der Kongreß erklärte, daß die Russen unmöglich Rußland wieder aufbauen könnten. Ausländische Techniker seien dazu nötig, und es müßten Konzessionen dem Auslande gegenüber gemacht werden.

Aufgefangene Kumpfrühe der Moskauer Regierung besagen, daß der allgemeine Aufstand in Moskau fortbauert und daß der Aufruhr täglich wieder in neuen Quartieren aufflammt. Die Ernährungslage wird täglich kritischer. Die Bevölkerung leidet entsetzlich. Der Mangel an Lebensmitteln und Kohle ist in Moskau ebenso groß wie in Petersburg. Besonders ernst gestaltet sich die Lage für die Sowjetregierung dadurch, daß viele von der nach Petersburg entsandten roten Truppenabteilung unterwegs meutern und zu den Aufständischen übergehen.

## Neueste Meldungen.

### Die Zollgrenze im Rheinland.

Koblenz. Die Rheinlandkommission hat den Alliierten eine Note überreicht, in der vorgeschlagen wird, die neue Zollgrenze soll sich von Rülheim bis auf vier Kilometer vor Offen erstrecken, sonst aber an der französischen Postlinie und den Brückenköpfen entlang laufen.

### Gute Aussichten in Oberschlesien.

Kattowitz. Alle maßgebenden Personen rechnen bei der Abstimmung mit einer beträchtlichen deutschen Mehrheit, die in zahlreichen Kreisen auf 20 Prozent geschätzt wird. Insgesamt wählten am Sonntag 1 200 000 Wähler.

### Parlamentsskizzen in Walde-Pyrmonter.

Krefeld. Im Laufe der Sitzung der Walde-Pyrmonter Landesvertretung wurde der Antrag der deutschnationalen Volkspartei auf Auflösung des Parlaments mit der Mehrheit aller Stimmen abgelehnt. Die Abgeordneten der deutschnationalen Volkspartei verließen darauf den Sitzungssaal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde.

### Polens traurige Finanzlage.

Warschau. Die polnische Regierung hat infolge des Sinkens der polnischen Wäla die Warschauer Börse geschlossen. Die größten Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen, infolgedessen die deutsche Mark in Warschau steigt. Einer anderen Meldung zufolge hat der polnische Minister für Lebensmittelversorgung die Schließung aller Privatbäckereien angeordnet und den freien Handel mit Brot verboten. Die Meldungen beweisen, daß sich die Verhältnisse in Polen mit Riesenschritten dem Zusammenbruch nähern.

Deutschlands Viehbestand. Am 1. Dezember 1920 betrug der Bestand an Pferden 3 581 390 (am 1. Dezember 1919 3 465 234), an Rindvieh 16 789 844 (16 317 329), an Schafen 6 139 299 (5 340 527), an Schweinen 14 149 462 (11 517 875), an Ziegen 4 451 463 (4 139 601), an Ferkeln 60 751 686 Stück. Bei diesen Zahlen, welche die bis zum 1. Dezember 1920 abgetretenen Gebiete bereits berücksichtigt, ist zu beachten, daß sie zwar Steigerungen gegenüber dem Vorjahre aufweisen, dagegen immer noch einen starken Rückgang gegen das letzte Friedensjahr darbieten, z. B. beim Rindvieh noch um rund 2 Millionen Stück, bei Schweinen sogar um über 8 Millionen. Nur der Bestand an Schafen und Ziegen ist größer als 1913. Zu berücksichtigen ist bei den Rindern das erheblich geringere Durchschnittsgewicht.

## Letzte Drahtberichte

### des „Wilsdruffer Tagesblattes“.

#### Jeder Bericht wird offiziell festgestellt.

Paris, 18. März. (su.) Petit Parisien meldet, daß die Alliierten für den Fall, daß Deutschland es ablehnen sollte, die von der Reparationskommission verlangte 1 Milliarde Goldmark vor dem 23. März zu zahlen, sich darauf beschränken würden, von der Reparationskommission jeden Bericht gegen die Bestimmungen des Vertrages offiziell feststellen zu lassen, entsprechend Artikel 430 des Friedensvertrages. Das würde den Alliierten gestatten, wenn sie es für nötig halten sollten, die Dauer der Besetzung der Rheinlande zu verlängern.

### Die neue amerikanische Regierung unterstützt Handelsbeziehungen mit Deutschland.

London, 18. März. (su.) Die Times meldet aus New York: Die World-Korporation bewilligt zwei amerikanischen Banken Vorschläge für die Finanzierung der Ausfuhr von 1500 Balken Baumwolle nach Deutschland und der Tschelch-Slowakei. Obwohl von dieser Baumwolle nur ein verhältnismäßig kleiner Teil nach Deutschland geht und diese Vorschläge Deutschland nicht unmittelbar zu gute kommen, so zeigt diese Genehmigung doch, daß der neue amerikanische Finanzminister nicht wie sein Vorgänger der Meinung ist, daß die amerikanische Regierung keine Handelsbeziehungen mit Deutschland unterstützen könne, so lange noch der Kriegszustand bestände.

### Kronstadt von den Bolschewisten eingenommen.

London, 18. März. (su.) Der Times-Berichterstatter in Riga meldet von gestern abend: Tschischerin draht heute dem russischen Vertreter in Riga, daß Kronstadt heute morgen um 9 Uhr von den Bolschewisten eingenommen sei. Einzelheiten fehlen noch. Personen, welche Kronstadt genau kennen, behaupten, daß hierbei Verat im Spiel gewesen sein müsse, da die Festung uneinnehmbar sei. Aus Ober vernimmt die Times jedoch weiter, daß die Einnahme von Kronstadt noch unbestätigt sei. Man behauptet, daß bisher lediglich ein paar alte Forts der Festung in die Hände der Bolschewisten gefallen sind. Gestern abend wurde noch heftig geschossen. Die Kronstädter Batterien erwiderten das Feuer noch wie vor auf die Krasnaja Gorka. Die Bolschewisten versuchten die Festung im Sturm zu nehmen. Nach heftiger Artillerievorbereitung gingen 5 Infanterieregimenter, von Maschinengewehrfeuer unterstützt, über das Eis zum Angriff vor. Die Kronstädter Verteidiger ließen die Angreifer bis nahe vor die Festung herantommen und eröffneten dann ein mördersches Feuer. Der Angriff dauerte bis 9 Uhr morgens, brach aber dann völlig zusammen. Die Bolschewisten zogen sich in Unordnung zurück.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, den 18. März.

### Zur Vertiefung in der Schule.

Das alte Schuljahr ist wieder einmal zu Ende, die Prüfungen sind vorüber, die Zensuren verteilt, und während nun in den meisten Familien Freude herrscht über die Fortschritte der Baben und Mägdelein, der Jünglinge da und dort, auch sogar der Jungfrauen, ist man wieder in anderen Häusern betrübt und traurig. Und warum? Die schlechte Zensur! Oder gar: Der Junge ist sitzen geblieben! Ein Jahr seines Lebens hat er verloren! Die Wämagie bei den Verwandten! Sein Lehrer konnte ihn nur nicht leiten! Ach, wieviel wird da geredet, was überlegt und unüberlegt! Das Mutterherzchen wird am Ende von der Mutter noch gelobt und bedauert, sie schiebt die Schuld auf

andere, sie nennt's ungerecht, denn der Junge ist doch sonst ganz tüchtig. Und gar zu streng, eitle Eltern machen's wieder umgekehrt, sie hören nicht auf, die obnebin machende junge Seele mit Vorwürfen zu überschütten; ihnen „will“ der Junge nur nicht, er ist angeblich zu träge, zu faul gewesen. Worauf die Trägheit beruht, wird nicht untersucht. Nur wenige Eltern gibt's, welche vernünftig genug sind, um ohne Vorurteil, ohne eitle Gedanken das Unglück auf seinen wahren Grund hin zu prüfen und danach ihre Maßregeln treffen. Sie sagen sich: Nicht jeder kann etwas Großes werden, nicht jeder eignet sich zum höheren Studium, nicht jeder hat die rechte Laufbahn erwählt! Und wahrlich: Drogen ist menschlich! Prüft genau, ihr Eltern, ob das Kind, das Sorgenkind, auf seiner rechten Bahn sich befindet, prüft genau, ob es ihm zum Glück und Heil dient, wenn ihr es noch ferner über seine Kräfte einem Ziele nachstreben laßt, das es vielleicht nie erreichen kann und das es nie befriedigen wird! Nicht euer Ehrgeiz ist maßgebend, sondern einzig und allein das Glück eures Kindes! Und in diesem Sinne seid auch nicht betrübt, wenn der Junge wirklich ein groß Teil selber Schuld trägt. Es wird ihm selber bitter genug ankommen, mit den alten, treuen Kameraden nicht mehr beisammen sitzen zu können. Aber verloren hat er nichts! Er kann nur gewinnen! Es ist besser, in der Jugend Enttäuschungen erleben, als später Schiffbruch leiden. Gar mancher taugte nichts in der Schule und ist dann doch ein ganzer Kerl geworden! Das mag zwar ein problematischer Trost sein, seine Wahrheit läßt sich aber nicht bestreiten.

Aus dem Landtage. Am Donnerstag beriet der Landtag zunächst in erster Lesung die neue Amnestievorlage der Regierung. Dabei kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Unabhängigen und dem Justizminister, dem der unabhängige Abgeordnete Renke zurief, daß er rausgeschmissen werden müsse. Die bürgerlichen Parteien gaben eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie den Zeitpunkt für eine Amnestie für ganz ungeeignet halten. Die Beschlußfassung wird in einer der Sitzungen nach Ostern erfolgen. Weiteren Raum in den Verhandlungen nahmen die Anträge über Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot ein, die zur Annahme eines Antrages der Regierungsmehrheit, nach dem zur Förderung des Wohnungsbaues 420 Millionen Mark aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt und durch einen allgemeinen Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer gedeckt werden sollen. Von bürgerlicher Seite wurde gegen die Grundsteuern übereinstimmend Einwände erhoben und eine Mietsteuer gefordert. Schließlich wurde der Ausschlagsantrag angenommen. Zum Schluß wurden Eingaben aus Landwirtskreisen gegen die Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem Lande beraten. Trotz der Einwendung von deutschnationaler Seite, daß die Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem Lande in der Zeit der allgemeinen Leutenot nur zu einer Erschwerung der Produktion an Lebensmitteln führen müsse, ließ man die Eingaben gegen die Stimmen der Deutschnationalen auf sich beruhen, jedoch es also nunmehr bei der Einführung der Mädchenfortbildungsschule auf dem Lande vom 1. April ab bleibt.

Konfirmandenentlassung. Gestern Donnerstag vormittags 9 Uhr fand im mit Blattpflanzen und Lorbeerbäumen geschmückten Vereinigungszimmer hiesiger Schule die feierliche Entlassung von 86 Konfirmanden (45 Knaben und 41 Mädchen) statt, von Eltern und Angehörigen der zu Entlassenden und dem hiesigen Lehrkörper mit der Chorklasse besucht. Seiner warmempfundnen Rede legte Schuldirektor Thoma s Sprüche Salomonis 14:8: „Das ist des Klugen Weisheit, daß er auf seinen Weg merket“ zu Grunde. Der Redner giedererte: Merket auf euren Weg. 1. Haltet das Ziel fest im Auge. 2. Achtet auf die rechten Begleiter. 3. Hütet euch vor Abwegen. 4. Suchet euch treue Begleiter. Mit allgemeinem Gehang des Liedes 522 eröffnet und geschlossen, brachte die Chorklasse das dreistimmige „Gatte, meine Seele“, das Komitat „Nun zu guter Letzt“ vierstimmig von F. Wendelsohn (Tenor) und Hof: Herren des Kollegiums) und das zweistimmige „Morgen muß ich fort von hier“ zu Gehör. Die mit Gebet eröffnete und geschlossene Feier dauerte eine Stunde.

Grauentant Wilsdruff. Auf Antrag der Mitglieder hat sich die Ortsgruppe Grauentant Wilsdruff und Umgebung a. S. gelöst. Die übrig bleibenden Wilsdruffer Mittel werden zur Schmückung der verlassenen Gräber und Kreuze des Ehrenfriedhofs verwendet. Die von den Landgemeinden eingebrachten Mittel werden diesen zur Verwendung für die bisherigen Zwecke überlassen.

Missionsnothilfe. Die Hausammlung für die Liebeswerke der Inneren Mission Sockens hat im ganzen Lande nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten eine sehr erfreuliche Aufnahme gefunden. Aus einer Reihe von Orten wird gemeldet, daß noch keine für ähnliche Zwecke veranstaltete Sammlung einen gleichen Ertrag gebracht hat. Aus allen Kreisen der Bevölkerung haben sich Helfer und Helferinnen zur Verfügung gestellt. Die vielerorts gehaltenen Lichtbilder- und Familienabende mit Berichten aus der Arbeit der Inneren Mission erfreuen sich eines starken Belages. So brachte die Festsammlung in einem erzgebirgischen Dorfe, wo Lichtbilder von den Stätten der Inneren Mission vorgeführt wurden, den schönen Ertrag von 500 M! Erst an wenigen Orten ist die Sammlung abgeschlossen. Die bisher gemeldeten Zahlen zeigen aber ein überaus erfreuliches Ergebnis der Sammlung.

Drei Pfund Einmachezuder auf den Kopf der Bevölkerung stellt die Reichszuckerstelle infolge der besseren Zuckereinnahme in Aussicht.

Bereinigung der Schulgemeinden mit den polnischen. Die sächsischen Regierung wird dem Landtag demnächst einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Schulgemeinden und deren Verschmelzung mit den politischen Gemeinden vorlegen.

Gegen die Beschäftigung Jugendlicher in den Fabriken. Der sächsische Landeskulturrat hat eine Eingabe an das Wirtschaftsministerium gerichtet, in der darum ersucht wird, die jetzt in immer zunehmendem Umfang ausstretende Beschäftigung jugendlicher Personen heiberlei Geschlechts in den Fabriken zu verbieten, soweit geeignete erwachsene Arbeitslose zur Verfügung stehen, damit einerseits dem Mangel an Hauspersonal abgeholfen und andererseits die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen vermindert werden kann.

Die Verstaatlichung der Polizei. Der Rechtsausschuß des Landtages beriet am Donnerstag über die Regierungsvorlage betreffend Änderungen im Polizeiwesen. Von bürgerlicher Seite wurde sehr stark die von der Regierung erlassene Verordnung über die Erteilung des Unterrichts in Geschichte und Staatsbürgerkunde an die Polizeibeamten bemängelt. Es wurde festgestellt, daß diese Dienstausweisung einen ganz einseitigen materialistischen Geschichtsunterricht mit offensichtlicher parteipolitischer Tendenz verleihe. Die Beratungen sind noch nicht zu Ende geführt. Der § 1, der die Verstaatlichung der Kriminalpolizei vorsieht, wurde angenommen.

Freie Einfuhr für Vögelereien und Delfrische. Delfrische und Delfrische, die für die Herstellung von Speiseölen und als Margarinerohstoffe in Betracht kommen, dürfen nunmehr frei eingeführt werden. Die Einfuhr von Ölen und fetter Margarine bleibt dagegen im Interesse der Beschäftigung der heimischen Industrie grundsätzlich verboten.

Zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs im Tuchhandel. Ein Elend ist es, wie traurig es in vielen Familien um die nötigste Wäsche und Kleidung bestellt ist. Die hohen Preise der Lebensmittel und des ganzen Lebensunterhalts zehren das Einkommen auf und lassen nichts, oder doch nur wenig für die Kleidung übrig. Diese Notlage der Bevölkerung wird von gewissenlosen Menschen in schamlosester Weise ausgenutzt. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Textilindustrie während des Krieges gelernt hat, auch aus dem minderwertigsten Rohmaterial Gewebe herzustellen. Alle Haarabfälle, die schlechteste Kunstwolle und Kunstbaumwolle verarbeitet sie zu Zeugen, die im Ansehen solcher Ware fast gleichkommt. Aber das Wichtigste kann solchen Zeugen niemals beigebracht werden, das ist die Tragfähigkeit, die Dauer des Aussehens und der Haltbarkeit. Erst beim Tragen zeigt sich in kürzester Zeit, daß man betrogen wurde, das Zeug hat schon bei der Verarbeitung viel an Aussehen verloren, und auf dem Leibe zerfleißt es förmlich. Derartige Herrenstoffe, die nur einen ganz geringen Wert haben, Arbeitslohn und Zutaten tatsächlich nicht wert sind, werden jetzt in großen Mengen hergestellt und im Umherziehen vertrieben. Sie werden zuweilen auch zu niedrigen Preisen angeboten, die aber in Anbetracht der Beschaffenheit der Ware noch viel, sehr viel zu hoch sind; oft aber werden Preise gefordert, für die man solche Ware bekommen kann. Wer in dieser Zeit rechnen muß und seine Verluste ertragen kann, lasse sich das zur Warnung dienen! Bei Bedarf bede er diesen am Orte, bei seinem Schneider, der jetzt wieder mit besserer Ware, wie vor dem Kriege, dienen kann, und der ein Interesse daran hat, die Kundenschaft gut, so gut zu bedienen, daß sie wiederkommt. Aber gute Ware hat ihren Preis auch früher gehabt und heute gilt mehr denn je das Wort: Das Beste ist das Billigste!

— **Mohorn.** Die Meisterprüfung nach § 33 der Gewerbeordnung haben mit Erfolg abgelegt vor der Prüfungskommission für Fahrrad- und Kraftwagenmacher: Robert Tränker, für Schneider: Ludwig Zimmermann, beide von hier.

— **Rossen.** Auf die kürzlich vom Stadtrat erlassene Kund-

frage wegen des Bezugs von Gas haben sich nur 118 Hausbesitzer — das ist etwa der 4. Teil aller Anlässigen — für den Gasanschluß erklärt.

— **Freiberg.** Der Stadtrat hat die Wiederaufnahme des Betriebs der elektrischen Straßenbahn endgültig aufgegeben. Das Material ist nach Zwickau verkauft worden. Mit dem Abtransport wurde begonnen.

— **Kreischa.** Ein Stubenstück, durch das leicht ein Unglück hätte hervorgerufen werden können, leisteten sich unbekannt Täter auf der Bahnstraße bei Kreischa. Dort werden gegenwärtig Schmalpurschienen gegen normalspurige Schienen ausgewechselt. Eine der zum Auswechseln bestimmten, neben dem Gleis liegenden Schienen im Gewicht von 7 Zentnern wurde von Unbekannten so herumgedreht, daß ein Teil auf das Gleis zu liegen kam. Die zum Glück schwere vierzapfenige Maschine des durchfahrenden Zuges schob die Schiene jedoch zur Seite, so daß diese, stark gebogen, sich tief in das Erdreich einbohrte und es auf eine Strecke von etwa 5 Metern aufriß. Die Maschine und der nachfolgende Personenzug sind leicht beschädigt. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

— **Hohenstein-Ernstthal.** Infolge Entweichens von Gas aus dem Gasometer wurden vier Arbeiter der hiesigen Gasanstalt getötet. Der Betriebschlosser Graf arbeitete an einem am Gasometer gelegenen Wasserrohr, wobei er dem Gas zum Opfer fiel, ebenso drei andere Arbeiter, die ihn retten wollten. Bei den Rettungsarbeiten, an denen sich u. a. die Chemnitzer Berufsfeuerwehr und die Rettungsstation Delsnitz beteiligten, wurden zwei Feuerwehrleute besinnungslos, konnten aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

— **Richtenstein.** Die städtischen Kollegien bewilligten dem Spar- und Bauverein zur Errichtung von 40 Einfamilienhäusern einen Zuschuß von 188 800 M. Die Gesamtkosten der Häuser betragen 3,6 Millionen.

— **Adorf i. L.** Der Umstand, daß die Fleischpreise in den böhmischen Grenzorten bedeutend niedriger sind als in Sachsen,

veranlaßt täglich wahre Völkerwanderungen über die Grenze. Auch aus von der Grenze 1-2 Stunden entfernt liegenden Orten kommen die Einwohner, um das billige böhmische Fleisch einzuholen. Erleichtert wird der Fleischkauf dadurch, daß 1 Kilo über die Grenze frei aus- und eingeführt werden kann. Wenn man bedenkt, daß die Differenz an einem Pfund Fleisch 4-6 M. beträgt, dann braucht man sich über den regen Grenzverkehr, auch über das stundenlange Wandern der in solchen Fragen bekanntlich sehr genauen Hausfrauen nicht zu wundern.

— Die Straußfeder ist wieder modern. Ein Federhut ist auch jeder Dame nur zu empfehlen, denn er macht seine Trägerin vornehm und elegant, paßt auch zu jeder Zeit und Gelegenheit. Als gute Bezugsquelle nennen wir H. Hesse, Dresden, Scheffelstraße.

### Kirchennachrichten — Palmarum.

**Wilsdruff.**  
Vorm. 9 Uhr feierliche Einsegnung und Konfirmation unter Glockengeläute. — Abends 7 Uhr kirchlicher Familienabend im „Löwen“.

**Grumbach.**  
Vorm. 9 Uhr Konfirmation.

**Kesselsdorf.**  
Vorm. 8,30 Uhr Konfirmation (Pf. Heber). — Vorm. 10,30 Uhr Konfirmation (Pf. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Laufen. — Abends 7 Uhr Familienabend in der „Krone“.

**Einbach.**  
Vorm. 9 Uhr Konfirmationsfeier.

**Sera.**  
Vorm. 8,30 Uhr Konfirmationsgottesdienst.

**Plantenstein.**  
Vorm. 9 Uhr Konfirmationsfeier.

Donnerstag früh erlöste Gott von ihrem langen Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter.

## Frau Sophie Wild

geborene Anklam. 1872

Schmerz erfüllt zeigen dies hierdurch an

**Martin Wild**  
**Erika Wild**  
**Charlotte Wild**  
im Namen aller Angehörigen.

Wilsdruff,  
am 18. März 1921.

Die Beerdigung findet Montag den 21. März nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

### Bezirksobstbauverein Wilsdruff u. A.

Sonnabend den 19. März nachmittags 4 Uhr

## öffentliche Versammlung

im Gasthof „Goldener Löwe“.

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Vortrag d. Herrn Obstbaulehrers Pfeiffer, Postitzsch.
3. Aussprache.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes.

Däße, auch Damen, willkommen!  
Rich. Duang, Vorsitzender.

## Gasthof Groitzsch.

Sonntag den 20. März 1921

## öffentl. Ballmusik.

Hierzu laden freundlichst ein **Willy Stolle u. Frau.**

## Erbgerichtsgasthof Herzogswalde.

Sonntag den 20. März Gastspiel der berühmten **Dresdner Kristall-Sänger.**

Beste Herrschaftsalkohol! Großes Lach- u. Schlagerprogramm!  
Anfang 1/2, 8 Uhr. **Nachdem Ball.** Anfang 1/2, 8 Uhr.  
Hierzu laden ergebenst ein **W. Damme. Maria verw. Täubrich.**

## Bur Aufklärung!

Der wilde Stoffhandel hat heute einen derartigen Umfang angenommen, daß eine Aufklärung des Publikums dringend erforderlich ist. Jeden Tag werden Stoffe von Hausfrauen usw. in allen möglichen Gattungen angeboten. Das Schlimmste ist, daß dem Schneider, der ehrlich diese sachmännliche Auskunft gibt, oft nicht geglaubt wird, vielmehr man der Ansicht ist, dessen Auskunft sei von egoistischen Interessen beeinflußt. Es ist merkwürdig, wie sonst vorsichtige Leute auf solche Quellen hereinfallen und das schöne Geld, an dem mancher lange gepart hat, um mal wieder zu einem anständigen Kleidungsstück zu kommen, **verloren** ist. Und warum? Weil man an einer Stelle sparen wollte, wo es so unangebracht wie nur möglich ist. Darum Vorsicht beim Einkauf von Stoffen! Deshalb rufen wir: **faßt wieder Vertrauen zum realen Handwerksmeister am Orte.** Jeder Schneidermeister ist heute in der Lage, Stoffe in guten Qualitäten und zu normalen Preisen zu liefern.

**Die Schneider-Zwangs-Jungung im Amtsgerichtsbezirk Wilsdruff.**

## Kaffee! Kaffee!

Sehr gut im Geschmack sind meine Kaffee-Mischungen zu 20.—, 24.—, 28.— Mk. das Pfund. Probieren Sie dieselben!!

Als unübertroffen in Qualität empfehle ich meine Spezial-Mischungen zu 32.— und 34.— Mk. das Pfund.

Diese Mischungen sind nach sorgsamster Prüfung der einzelnen Sorten zusammengestellt und befreit selbst die verwöhntesten Ansprüche.

## Alfred Pietzsch.

## Schmiede- und Schlossermeister

die der freien Preisvereinigung angehören und auf Arbeit (Massenartikel) reflektieren, wollen sich sofort, spätestens bis 20. d. M., beim Vorsitzenden melden.

**Rode, Grumbach.**

## Schmiede-Zwangs-Jungung Wilsdruff.

Den Kollegen wird hierdurch bekanntgegeben, daß am 16. d. M. unser Kollege **Herr Paul Kirchner** in Birkenhain verstorben ist. Die Beerdigung desselben findet Sonntag nachmittags 1 Uhr vom Trauerhause aus statt. Es wird gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt spätestens 1/2, 12 Uhr im Gasthof weißer Adler. **E. Schmidt, Obermeister.**

## Gasthaus zur Traube.

Sonnabend den 19. März

## Skattournee mit Zahlenreizen.

Anfang 7 Uhr. 1921

Hierzu laden freundlichst ein **Arthur Vogel.**

## Kartoffelkörbe liefert:

Einzel-Handkörbe Stück 11 M., Zentner-Körbe Stück 23 M., 1/2-Zentner-Körbe Stück 20 M., 1/4-Zentner-Körbe Stück 15 M., Viertel-Körbe Stück 13 M.

**Graf Hempel, Korbmacher, Gorschütz b. Leisn. i. S.**

## Gänseeier

zu verkaufen. 1921  
**Adam, Bahnhofstraße.**

## Runkelrüben, rote und gelbe Möhren, Strunkkraut, Meerrettich, Zwiebeln

empfiehlt **Jäpel, Wilsdruff.** Innerhalb der Stadt frei Haus. Ich laufe noch Rübisse.

## Arbeitsbursche

für sofort oder später gesucht. **Alfred Jirshik, Kesselsdorf.** Fahrradhandlung. 1921

## Arbeitshosen,

Militär, gestreift, Manchester, engl. Leder, sowie Zeitbahnjoppen, Sommerjoppen, Militärjoppen und Mäntel äußerst billig bei **Frühjahr, Dr.-Löbtau,** Grumbacher Str. 20 part., kein Laden. **Ed. Burglar**

## Gelegenheitskauf. Ruhestuhl

prima Blüchbezug, noch wie neu, preiswert zu verkaufen **Bahnhofstraße 144.**

Jede schöne Frau wünscht sich einen ff. Federhut. Größe 1/2, m. l. **Atama-Straußfedern** kosten jetzt 25 u. 48 M. **Boas** 25 M., 60 M., 100 M. bis 450 M. ff. Blumen, Laub. **Hesse, Dresden, Scheffelstr. 12**

## 18 gute Arbeitspferde

meist langschwänzige Dänen, Oldenburger und Belgier im Alter von 4 bis 9 Jahren, darunter befinden sich mehrere Stuten. Ferner 5 Tafelwagen, 50-100 Ztr. Tragkraft, mehrere Kastenwagen u. das dazu gehörige Arbeitsgeschirr abzugeben. Käufer können auch den Kaufpreis 3 bis 5 Monate nach Ablauf der Garantiezeit zahlen. 1921

## Edmund Eckardt

vorm. Julius Bierth, 1914

## Expedition und Lastfuhrwesen, Dresden-Neustadt,

Tel. 22750. Böhmisches Straße 24. Tel. 22750.

## Saatkartoffeln

Alma, Industrie, Wohltmann, treffen ein. Bestellungen erbitet 1921

## Louis Kühne, Hofmühle,

Fernsprecher Nr. 42.

Zeige ergebenst an, daß ich einen **Trampart hochtragender und frischmelkender Kühe** von heute ab sehr preiswert zum Verkauf stelle. 1921

## Richard Nebel, Wilsdruff.

## Briketts

werden durch mein Lastauto ab Schacht angefahren

## Holm Herrmann, Meißen, Nassauweg 3. Fernruf 540.

## Samen! Samen!

Rotklee, Gelbklee, Schwedischklee  
Original Eckendorfer, Leutewitzer, Kirsches Ideal-Runkelsaat, rot u. gelb  
Org. Friedrichswerter Zuckerwalzen  
Zuckerrüben  
Weiss-, Rot- und Strunkkraut  
Möhren: Original Lobbericher, Braunschweiger, Karotten Nantais  
Bohnen, Erbsen sowie alle Gemüse-Sämereien  
Raygras, Tymothygras, Wiesengrasmischung für Dauerwiesen empf. billigst

## Alfred Pietzsch

Prima Steckzwiebeln  
La weißer Pferdezahnmais